

LESERBRIEFE

Bisherige qualifiziert

In der Politik ist die Wahl gleichzeitig die Qualifikation. Man muss nicht als Buchhalter ausgebildet sein, um Finanzdirektor zu werden. Und nicht Polizist, um das Sicherheitsdepartement zu übernehmen. Es reicht im Grundsatz gewählt zu sein, um als qualifiziert für das Amt zu gelten. In der Wirtschaft hingegen werden von Bewerbenden eine zur Stelle passende Ausbildung, Zeugnisse und Referenzen verlangt. Nach diesem System beurteilten die Wirtschaftsverbände die aktuellen Regierungskandidaten/-innen bezüglich ihrer Eignung. Die Parteizugehörigkeit und das Geschlecht spielten dabei eine untergeordnete Rolle. Die drei Bewerbenden sind sehr unterschiedlich. Bei den beiden Bisherigen sind die Erfahrung und der Leistungs-

ausweis aber wesentlich besser überprüfbar. Sie haben bewiesen, dass sie aktiv mithelfen, attraktive wirtschaftliche Rahmenbedingungen und damit Stellen zu schaffen. Sie sehen den Staat in einer unterstützenden Rolle und sind zurückhaltend mit Regulierungen und Bürokratie. Sie bringen mit ihren betriebswirtschaftlichen Ausbildungen und jahrelanger Führungserfahrung mehr in ihrem Rucksack mit. Deshalb empfehlen die Wirtschaftsverbände die beiden Bisherigen Marcel Schwerzmann und Paul Winiker. Sie sind qualifiziert, die Luzerner KMU-Wirtschaft vorwärtszubringen.

Gaudenz Zemp, Direktor KMU- und Gewerbeverband Kanton Luzern, Kantonsrat FDP, Kastanienbaum

Zurück auf die CVP-Spur der Konkordanz

Am 19. Mai heisst Konkordanz: Paul Winiker und Korintha Bärtsch wählen. Keine andere Partei im Kanton Luzern hat die Konkordanz im Regierungsrat so konsequent durchgehalten wie die CVP. Im Jahre 1959 gab die damalige Konservative Volkspartei einen Sitz freiwillig an die SP ab. Dieser Regierungsratssitz blieb bis zum Jahre 2015 bei der SP.

Aus staatspolitischen Gründen gehören wieder alle wichtigen politischen Kräfte in die Regierung. Die Links-Grünen haben neu einen Wähleranteil von über 25 Prozent. Die Umweltwissenschaftlerin und ehemalige Präsidentin des Stadtparlamentes hat beruflich und

politisch ihre Kompetenzen klar bewiesen.

Getreu dem Wahlmotto 2019 der CVP des Kantons Luzern «Wir bestimmen die Richtung» wähle ich Paul Winiker und Korintha Bärtsch. Damit leiste ich einen Beitrag an die politische Kultur, an den Ausgleich zwischen Stadt und Land und ermögliche den Anspruch der Frauen auf einen Sitz in der Regierung. Schliesslich begeben sich mit meinem Wahlentscheid zurück auf die jahrzehntelange CVP-Spur der Konkordanz (1959 bis 2015)!

Marcel Sonderegger, alt Grossrat CVP, Oberkirch

Ein Ja für die Renten

Am 19. Mai entscheidet das Schweizer Stimmvolk über die neue Gesetzesvorlage zur Steuerreform und AHV-IV Finanzierung. Mit einem klaren Ja lösen wir wichtige Probleme.

Wir regeln damit die von der OECD geforderte Revision der Unternehmenssteuer und verhindern damit die drohende Versetzung der Schweiz auf die «schwarze Liste».

Die geplanten 2 Milliarden Franken pro Jahr an die AHV Kasse geben dem

Bund etwas Zeit für die AHV-Revision. Diese Massnahme hat im Eidgenössischen Parlament eine Mehrheit gefunden. Es handelt sich um einen ausgewogenen Kompromiss. Am 19. Mai stimmen wir also über den Fortbestand unseres Wohlstandes ab. Alle Rentnerinnen und Rentner sichern mit einem klaren Ja die Renten in den nächsten Jahren.

Franz Wüest, Zell



Wiederum 2000 Personen an Klima-Demo

LUZERN In mehreren Schweizer Städten sind am Samstag erneut zehntausende Menschen für den Klimaschutz auf die Strasse gegangen. In zwanzig Städten hatte die Klimastreik-Bewegung zu den Kundgebungen aufgerufen. In Luzern nahmen nach Schätzungen der Organisatoren rund 2000 Personen am Demonstrationzug teil. Die katholische Kirche der Stadt Luzern solidarisierte sich mit den jugendlichen Klima-Aktivistinnen. Die Uhr der Hofkirche wurde um fünf vor zwölf für die Dauer der Klimademo an-

gehalten. Auffallend war, dass auch die Eltern- und Grosselterngeneration stark vertreten war. Die Forderungen der Klimastreikbewegung sind der nationale Klimanotstand, keinen Treibhausgasausstoss im Inland mehr bis 2030 und Klimagerechtigkeit. Über 23000 deutschsprachige Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bezeichnen diese Forderungen als gerechtfertigt. Die Klimastreikbewegung versteht sich als dezentrale Jugendbewegung. Sie ist nicht an eine Partei oder Organisation gebunden. Foto zvg sda

Fakten realitätsgetreu auf den Tisch legen

Zum Leserbrief «Liebe SVP, bleiben Sie ehrlich» von CVP-Präsident Christian Ineichen und Fraktionschef Ludwig Peyer, WB vom 26. März 2019.

«Warum suchst Du den Splitter im Auge des Gegenübers, wenn Du den Balken im eigenen Auge nicht siehst?» (In Anlehnung an den Bibeltext.) Der Präsident der CVP Luzern, Christian Ineichen, und auch Ludwig Peyer als Fraktionschef haben sich einmal mehr im Wahlkampfieber dazu verleiten lassen, die SVP anzugreifen und gemäss ihrer Aussage als unehrlich hinzustellen. Dass der Kanton Luzern auch ohne die von der SVP erfolgreich bekämpften Steuererhöhung Mehreinnahmen und damit positive Rechnungsabschlüsse ausweisen kann, ist eine Tatsache, die auch die CVP nicht wegleugnen kann. Die von den Herren Ineichen und Peyer aufgeführten Massnahmen, welche der SVP-Regierungsrat Paul Winiker im

Auftrag des Gesamtingenieurates umzusetzen versuchte (Zusatzgebühren auf Rechnungen des Strassenverkehrsamtes usw.), sind teilweise genauso rechtswidrig wie die Kürzung der Krankenkassenprämienverbilligung, welche aber vom Departement des CVP-Regierungsrates Guido Graf umgesetzt wurde und nicht, wie im Leserbrief aufgeführt, Massnahmen von Paul Winiker sind. Diese Differenzierung wurde aber im Leserbrief wohlweislich vergessen zu erwähnen. Die SVP ist sich immer bewusst, dass Mehreinnahmen generiert werden müssen, wenn die Praxis des grenzenlosen Ausgebens durch den Staat (Kanton), wie dies von den meisten Parteien angestrebt wird, nicht gebremst werden kann. Seit der Gründung der SVP Luzern war es für uns immer ein Bestreben, dass dem Bürger mehr zur eigenen Verfügung bleibt und nicht über den Staat umverteilt werden muss. Wenn der Präsident und der

Fraktionschef der CVP für sich und die Partei reklamieren, dass sie ehrliche Politik betreiben und der Bevölkerung stets reinen Wein einschenken, dann wäre es wohl vorteilhaft, wenn sie auch in Leserbriefen alle Fakten und Details realitätsgetreu auf den Tisch legen würden. Die Kantonsratswahlen sind nun Vergangenheit, aber der zweite Wahlgang für den Regierungsrat und die nächsten Wahlen für das eidgenössische Parlament im Herbst stehen vor der Tür. Es liegt an den Wählerinnen und Wählern, ihre Antwort zu geben. Paul Winiker hat sich in den letzten vier Jahren für alle Bürgerinnen und Bürger des Kantons eingesetzt und konsensfähige Lösungen gesucht und teilweise auch gefunden. Er verdient Ihre Stimme im zweiten Wahlgang für eine weitere Amtsperiode.

Bernhard Achermann, Richenthal, alt Gemeinde- und Kantonsrat SVP

BRIEF

aus dem Nationalrat



Leo Müller
CVP, Ruswil

Das Luzerner Volk hat am 31. März 2019 gewählt. Für Luzerner Verhältnisse ist eine Verschiebung erfolgt, die noch selten ein solches Ausmass annahm: Über 10 Prozent der Sitze im

Themen, die bewegen

Kantonalen Parlament werden auf die neue Legislatur hin vom bürgerlichen Lager ins links-grüne Lager wechseln. Als Politiker fragt man sich schon, warum solche massive Verschiebungen erfolgen. Meiner Meinung nach wurde das sogar vom Nationalrat provoziert. Dieser hat in der Wintersession das

CO₂-Gesetz beraten und nach einer sehr intensiven Debatte dieses Gesetz in der Gesamtabstimmung abgelehnt. Das hat die Klimadiskussion angeheizt und zu Schülerstreiks geführt. Folglich war dieses Thema – selbstverständlich nicht nur deswegen – breit lanciert. Was war passiert? Für die Rechte im Nationalrat ging dieses Gesetz zu weit. Es wurden im Rat Anträge zur Abschwächung dieses Gesetzes gestellt, die dann teilweise durchkamen. Nach gewalteter Diskussion lag dann eine Vorlage auf dem Tisch, die den Rechten immer noch zu weit ging, den Linken und Grünen aber zu wenig weit. Mit einer unheiligen Allianz von links und rechts ist dieses Gesetz dann in der ersten Lesung gebodigt worden. Allerdings ist dieses Geschäft noch nicht vom Tisch: Der Ständerat wird dieses ja auch noch beraten. Weten, dass aufgrund der Wahlergebnisse in Zürich, Basel und Luzern im Ständerat anders entschieden wird.

Hoffentlich hat der Nationalrat daraus gelernt. Dort steht ein weites Geschäft mit heiklen Punkten zur Beratung bereit: Das Versicherungsver-

tragsgesetz. Diese Vorlage wird in der Sondersession vom 7. bis 9. Mai 2019 beraten. Der Druck der Versicherungswirtschaft auf den Bundesrat und die Mitglieder der (vorberatenden) Kommission Wirtschaft und Abgaben war gross. Ein Hauptkritikpunkt ist die einseitige Anpassung von Versicherungsverträgen durch die Versicherungsgesellschaften. Es gibt Fälle, in denen das nötig ist. Das entspricht auch der heutigen Praxis. Der Vorschlag, den die Mehrheit der vorberatenden Kommission nun dem Nationalrat vorlegt sieht aber vor, dass insbesondere auch bei den Kranken-Zusatzversicherungen einseitig die Verträge durch die Versicherungsgesellschaften angepasst werden können. Das passt uns als CVP nicht und wir haben deshalb einen Minderheitsantrag eingereicht, der das per Gesetz verbieten will. Es kann nicht sein, dass eine Person über Jahrzehnte Versicherungsbeiträge bezahlt und wenn sie aufgrund einer Krankheit die Leistungen der Versicherung beanspruchen müsste, die Versicherung vorher einseitig die Versicherungsbedingungen anpasst. Die CVP und ich

persönlich sehen das anders, weshalb wir fordern, dass solche einseitige Anpassungen nicht möglich sind. Ich habe für diese Haltung sehr viele positive Rückmeldungen aus der Bevölkerung erhalten. Gespannt schauen wir nun der Beratung im Nationalrat entgegen. Ich hoffe, dass dieser Rat den Puls der Bevölkerung spürt!

Weitere wichtige politische Geschäfte stehen an. So wird am 19. Mai über die Waffenrichtlinie und über die Steuer- und AHV-Vorlage (STAF) abgestimmt. Insbesondere die STAF ist für unseren Wirtschafts- und Arbeitsstandort Schweiz sehr wichtig. Die Schweiz muss endlich die Pendenzen im Unternehmenssteuerbereich in Ordnung bringen und die Hausaufgaben erledigen, denn eine unterschiedliche Besteuerung von Inland- und Ausland-Gewinnen ist international nicht mehr akzeptiert. Das ist der eine Teil dieser Vorlage. Der andere Teil betrifft die Nachfinanzierung der AHV. Die Berechnungen zeigen klar, dass wir bei der AHV «gegen die Wand marschieren». Der heutige Topf von

vierzig Milliarden Franken ist, sofern keine Nachfinanzierung wie es mit der STAF-Vorlage vorgesehen ist, im Jahr 2030 leer. Deshalb ist die Idee, dass die Wirtschaft, die teilweise bei der Steuerbelastung etwas entlastet wird, einen Beitrag an die AHV leisten soll, gar nicht so abwegig. Das ist dringend nötig. Führen wir uns die heutige Situation vor Augen: Pro Tag (ja: pro Tag!) werden bei der AHV drei Millionen Franken mehr AHV-Renten ausbezahlt als Beiträge und Zuschüsse aus der Bundeskasse einbezahlt werden. Pro Jahr macht dies eine Milliarde Franken aus. Dies zeigt klar und deutlich auf, dass hier dringender Handlungsbedarf besteht. Eigentlich sind die beiden Teilbereiche – der Steuerbereich und der AHV-Bereich – je für sich betrachtet nicht grundsätzlich umstritten. Kritisiert wird, dass diese beiden Teile miteinander verknüpft sind. Ja, das ist etwas un schön. Aber deshalb zwei so wichtige Anliegen bodigen zu wollen ist nicht klug. Erschlagen wir zwei Fliegen auf einen Streich und sagen wir zur STAF-Vorlage am 19. Mai Ja.